

INFORMATIONEN ZUR DATENVERWALTUNG

Meldesystem für Missbrauchsfälle

Gemäß der Richtlinie 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates (EU) („Richtlinie“) betreiben die PRÄZI-FLACHSTAHL AG und die PRÄZI-FÖRDERTECHNIK GMBH getrennte Missbrauchsmeldesysteme (Whistleblowing-System).

PRÄZI-FLACHSTAHL AG und PRÄZI-FÖRDERTECHNIK GMBH verarbeiten als der für die Datenverarbeitung Verantwortliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit der Einreichung der Meldungen (Whistleblowing-Meldung). Bei den verarbeiteten personenbezogenen Daten handelt es sich in erster Linie um personenbezogene Daten der Hinweisgebenden Person, es können aber auch personenbezogene Daten Dritter in der Whistleblowing-Meldung selbst enthalten sein.

Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche handelt im Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (Verordnung (EU) 2016/679, nachstehend DSGVO genannt) und den deutschen Datenschutzvorschriften.

Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche informiert die betroffenen Personen in dieser Mitteilung gemäß den Bestimmungen der DSGVO über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten.

Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche:

PRÄZI-FLACHSTAHL AG (Sitz: Günther-Claas-Straße 1,48351 Everswinkel)

PRÄZI-FÖRDERTECHNIK GMBH (Sitz: Günther-Claas-Straße 1,48351 Everswinkel)

Jede für die Verarbeitung Verantwortliche verarbeitet personenbezogene Daten nur im Zusammenhang mit Whistleblowing-Meldungen, die an ihr gerichtet sind; es findet keine gemeinsame Verarbeitung statt.

Zweck der Datenverarbeitung: der Betrieb des Whistleblowing-Systems, die Untersuchung von Whistleblowing-Meldungen und die Behebung oder Beendigung des Verhaltens, was Gegenstand der Whistleblowing-Meldung ist.

Umfang der verarbeiteten Daten: Name und Kontaktdaten der Hinweisgebenden Person oder, im Falle einer Whistleblowing-Meldung im Namen einer juristischen Person, Name und Kontaktdaten der Kontaktperson sowie die in der Whistleblowing-Meldung enthaltenen oder während der Untersuchung der Whistleblowing-Meldung offenbarten personenbezogenen Daten.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung: Einhaltung der Verpflichtungen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Punkt c) der DSGVO und des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz vom 31. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140) (HinSchG)).

Empfänger:

Personenbezogene Daten sind nur für den Entscheidungsträger sowie Personen zugänglich, die an der Untersuchung der Whistleblowing-Meldung mitgewirkt haben.

Die personenbezogenen Daten einer Hinweisgebenden Person dürfen nur dann an eine externe Stelle übermittelt werden, die für die Durchführung des aufgrund der Whistleblowing-Meldung eingeleiteten Verfahrens zuständig ist, wenn diese Stelle gesetzlich zur Verarbeitung der Daten berechtigt ist oder wenn die Hinweisgebende Person der Übermittlung ihrer Daten unmissverständlich zugestimmt hat. Die personenbezogenen Daten der Hinweisgebenden Person dürfen nicht ohne deren ausdrückliche Zustimmung veröffentlicht werden.

Als Auftragsdatenverarbeiter haben die folgenden, am IT-Betrieb des Missbrauchsmeldesystems beteiligten Unternehmen Zugriff auf personenbezogene Daten:

Explico Zrt. (1036 Budapest, Perc Str. 6.) – IT-Betrieb

REMASOL Kft. (1117 Budapest, Bogdánfy Str. 7/A.6. OG. 27.) – IT-Betrieb

4-TEAM Kft. (1046 Budapest, Lahner György Str. 8 Gebäude. B. 2. OG. 4. Tür) - Hosting-Dienstleistung

Aufbewahrung von Daten:

Die Dokumentation der Whistleblowing-Meldung wird drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Die Dokumentation kann länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach dem HinSchG oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

Sind die in der Whistleblowing-Meldung enthaltenen Daten für die Untersuchung der Whistleblowing-Meldung und die Behebung oder Beendigung des Verhaltens, das Gegenstand der Whistleblowing-Meldung ist, nicht erforderlich, so löscht der für die Datenverarbeitung Verantwortliche sie unverzüglich.

Werden auf der Grundlage der Untersuchung Maßnahmen, einschließlich Gerichtsverfahren oder Disziplinarmaßnahmen gegen die von der Whistleblowing-Meldung betroffene Person ergriffen, verarbeitet der für die Datenverarbeitung Verantwortliche die Daten im Zusammenhang mit der Whistleblowing-Meldung im Rahmen des Meldesystems, bis das auf der Grundlage der Whistleblowing-Meldung eingeleitete Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist.

Die von der Datenverarbeitung betroffene Person ist unter bestimmten rechtlichen

Voraussetzungen berechtigt:

- a) darüber informiert zu werden, ob ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, und falls dies der Fall ist, Zugang zu relevanten Informationen über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten;
- b) die Berichtigung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen;
- c) die Löschung oder Sperrung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen;
- d) die Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten zu verlangen;
- e) personenbezogene Daten, die der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, weiterhin dass diese Daten von der Gesellschaft an einen anderen für die Datenverarbeitung Verantwortlichen übermittelt werden;
- f) sich der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten auf der Grundlage der berechtigten Interessen des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen oder eines Dritten zu widersetzen;
- g) jederzeit ihre Zustimmung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu widerrufen;
- h) bei dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Adresse: Graurheindorfer Straße 153, 53117 Bonn; Tel.: +49 (0)228-997799-0; E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de) eine Beschwerde über die Verarbeitung ihrer persönlichen Daten einzureichen.